

Medienmitteilung

Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“ - Nein zum Direkten Gegenvorschlag

Solothurn, 14. Juni 2011 – Der Regierungsrat begrüsst in seiner Vernehmlassungsantwort an das Bundesamt für Gesundheit die Absicht des Bundes, einen direkten Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Ja zur Hausarztmedizin" vorzulegen. Den in die Vernehmlassung geschickten Vorschlag lehnt er jedoch in dieser Form ab.

Mit der Erweiterung des Geltungsbereichs des Gegenvorschlags auf die gesamte ambulante und stationäre Grundversorgung erfolgt eine Ausweitung der Bundeskompetenzen.

Der indirekte Gegenvorschlag geht dem Regierungsrat damit zu weit. Da es in erster Linie darum geht, den Bereich der Hausarztmedizin in der Verfassung zu verankern, habe sich - so der Regierungsrat - der neue Artikel auf die ambulante Grundversorgung zu beschränken.